

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift:
Tageblatt Riesa,
Fennel Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580,
Direktions:
Riesa Nr. 22.

Nr. 245.

Donnerstag, 19. Oktober 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und besonderer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Riage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Abrechnungstermin: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Sackstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Die Bedeutung der Wahl.

Mit der Aufruf der Regierung an das deutsche Volk erging, die Regierung zu unterstützen und in einer Reichstagswahl und bei einer Volksabstimmung zu dokumentieren, daß die Haltung der Regierung in der Abrüstungsfrage dem Willen des ganzen Volkes entspreche, mußte man sich selbstverständlich daran erinnern, daß der Reichskongress nach der letzten Wahl erklärt hatte, nunmehr werde es keine neue Wahl vor vier Jahren geben, jetzt werde Deutschland Ruhe haben. Diese Zusicherung ist in Beurteilung der innerpolitischen Lage gegeben worden. Es gibt in Deutschland keine Parteien mehr, die nach einer Wahl, einer Volksbefragung verlangen können. Sie haben sich selbst aufgelöst oder sind aufgelöst worden. Uebrig geblieben ist eine Partei, die Partei des Staates, die Partei, aus der die Regierung hervorgegangen ist und die eine gewaltige Volksmehrheit hinter sich vereinigt sieht. Für die innere Politik brauchen wir sicherlich nicht das Parlament der Wahl. Aber außenpolitisch war es durchaus richtig gedacht, an das Volk zu appellieren, denn noch gelten die Parlamente in der Welt als Ausdruck des Volkswillens, noch hängen die Auffassungen an der alten Einstellung, daß die Meinungen des Volkes allein durch ein Parlament zum Ausdruck kommen. Was hat Deutschland vorgebracht, es treibe auch im Innern Reichspolitik und habe die Volkmeinung geteilt. Aus diesen Überlegungen war es notwendig, zur Wahl auszurufen, zu einer Reichstagswahl unter der Parole für oder gegen die Regierung, für die Regierung, die der Abrüstungskonferenz den Vorschlag gab und den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund erklärte — oder gegen die Regierung, für die Auffassung der anderen! Jeder Deutsche hat hier ein nationales Ziel abzulesen. Und ohne Zweifel werden selbst Gegner der Regierung — die es freilich noch immer gibt — der nationalen Wahlparole folgen und die Haltung der Regierung aufweisen. Gegen die Regierung zu stimmen — was durch eine Teilnahme an der Wahl und eine Ungültigmachung des Wahlzettels möglich wäre —, hieße Landesverrat.

Der Appell an das Volk kann ein ganz objektives Urteil des deutschen Volkes sein, das seine Macht auszuweisen hat, denn dem deutschen Volk ist tatsächlich völlige Wahlfreiheit gegeben. Es kann sich für die Regierung und ihre Außenpolitik entscheiden, kann aber auch Steigbügelhalter der Wüstungsmächte sein, die Deutschland jede Gleichberechtigung abbrechen wollen. Die Wahl der Kreuze für die nationalsozialistischen Kandidaten hat große Bedeutung, sie wird gewählt, ebenso wie die ungültigen Zettel Ausdruck der deutschen Stimmung sein dürften. Aus diesen Erwägungen heraus muß eine rege Wahlagitatio erfolgen. Nicht, weil anzunehmen ist, daß es wirklich Deutsche geben kann, die in dieser schwebenden Frage nicht zu entscheiden wissen, sondern weil es viele geben mag, die der Auffassung sind, daß es nur eine Partei gebe, lobne es sich gar nicht zu wählen, die Kandidaten würden ja auf alle Fälle gewählt werden. Hier zählt jeder Stimmzettel, jede Ja-Stimme, hier ist jeder Stimmzettel vielleicht wichtiger, als in früheren Wahlen, denn diesmal zählt nicht Deutschland, zählen nicht deutsche Interessengruppen die Stimmen, sondern das Ausland sieht gewissermaßen am Wahlzettel und stellt fest, wie die Meinung des deutschen Volkes ist. Die Regierung hat nicht falsch behauptet, als sie erklärte, sie sei Dolmetscher der deutschen Meinung. Aber die Parolen der Kandidaten des Auslandes glauben ja nur dem Stimmzettel.

Jedenfalls wird eine rege politische Aufklärung, eine umfangreiche Wahlpropaganda einleiten, die sich diesmal nicht gegen andere Parteien, gegen innerpolitische Gegner richten wird — obwohl sie nicht ganz überleben werden können, die sich noch immer vertrieben und hinter den Kulissen auf ihre Zeit warten —, es wird eine Populärklärung der deutschen Außenpolitik erfolgen und es wird in Verfolg damit die Notwendigkeit der Wahl und der Teilnahme aller Wähler an dieser Wahl einleiten. Schon arbeitet der Apparat der Partei, der die Wahl diesmal allein tragen muß. In einigen Wochen schon werden die genauen Propagandapläne und die Wahlparole vorliegen. Veranstaltungen, die in der nächsten Zeit geplant waren, Versammlungen, die für andere Zwecke gedacht wurden, sind inzwischen abgesetzt. Die vieltausend Versammlungen, die gerade in diesem Winter vorgelesen waren, werden einen anderen Inhalt erhalten und sich in zwei Wochen zusammenbringen.

Das deutsche Volk, sich immer mehr scharf hinter die Regierung, die bewiesen hat, daß sie allen Schwierigkeiten Herr werden kann, die sich fest im Sattel, bislang glänzend beherrschte, die Deutschland den inneren Frieden und das nationale Bewußtsein gab und die sich in der Außenpolitik getreu ihrem Versprechen verhalten hat, wird sich völlig klar über die Aufgabe sein, die es nun selbst zu erfüllen hat. Es hat den Demokraten, die nur nach dem Stimmzettel urteilen, zu beweisen, daß es in Deutschland eine bessere Demokratie gibt, einen tatsächlich freien Willen, und trotzdem ein Mitgehen des Volkes mit der Regierung. Die Wahl ist keine Farce, sondern sie gibt das objektive Urteil der deutschen Volkmeinung. Niemand wird gezwungen, zur Wahl zu erscheinen, und niemand wird gehindert, sein Kreuz dort zu setzen, wo der Wahlzettel ungültig wird. Doch die Ueberzeugung im Auslande dürfte groß werden, daß trotz solcher geheimen Wahl, trotz dieser Ausdruckslosigkeit, Deutschland sich einig zeigt. Und diese Einigkeit wird vielleicht Wunder wirken und jene Voreingenommenheit beilegen, die sich in dem Bekanntheit ab, daß die Regierung die Gleichberechtigung

Der Reichswirtschaftsminister über den gewerblichen Mittelstand

von Berlin. Auf einer Tagung des Reichsstandes des Deutschen Handwerks in Berlin, die im Zusammenhang mit der Vorbereitungsphase für das Handwerk veranstaltet wurde, überbrachte der Reichs- und preussische Wirtschaftsminister Dr. Schmitt die Grüße des Reichskanzlers für das deutsche Handwerk. Trotz der Entbehrungen und Mühen in dieser Zeit, so führte der Minister u. a. aus, habe der Mittelstand und vor allem das Handwerk seine wirtschaftliche Selbstständigkeit und den Stolz darauf bewahrt. Ihm gelte die besondere Sorge des Führers und der Reichsregierung. Der nationalsozialistische Staat wolle gerade den unabhängigen, der eigenen Verantwortung bewußten und selbstständig schaffenden Menschen wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft stellen. Noch zähle man fast 1 1/2 Millionen Handwerksbetriebe, in denen nahezu 2 1/2 Millionen Menschen, Lehrlinge und sonstige Hilfskräfte beschäftigt werden. Mit Familienangehörigen komme man auf etwa 8 Millionen deutscher Menschen, die auf Weid und Felder mit der Handwerksbetriebe verbunden sind. Das seien fast ebenso viele Menschen, wie die Bauernwirtschaft ernähre. Auch heute noch sei jeder zweite Handwerker Hausbesitzer, nenne also ein Stück deutsches Boden sein Eigen. Das Gesicht der Mittel- und Kleinstadt werde auch heute noch wesentlich durch den Handwerker bestimmt. Wie die Verbundenheit mit der Scholle den Bauern zum festen Träger wahren nationalen Denkens mache, so sei auch das Handwerk — durch die Verbundenheit mit der Werkstatt — ein Grundstein des nationalen Staates.

Der Minister wandte sich dann der Arbeitslosigkeit zu, wobei der Arbeitsbeschaffungsplan der Reichsregierung nur Hilfswerk für eine Uebergangszeit sein könne. Die wirtschaftliche Entlastung auf die Dauer könne nur aus eigener Kraft erreicht werden. Das sei auch einer der Gesichtspunkte für die Vorbereitungsphase des Deutschen Handwerks. Die Reichsregierung werde selbstverständlich alles tun, um den Erfolg zu sichern. Der Minister verwies in diesem Zusammenhang auch auf die neuen Maßnahmen über die Verlängerung der Sperre für die Reuektion von Einzelhandels-Geschäften, auf den Kampf gegen Auswüchse im Kaufmanns- und im Handelsgewerbe, auf die Aufgabe der Warenhäuser und Konsumvereine im Rahmen der Verteilungswirtschaft und ihre Anpassung an die Belange des gewerblichen Mittelstandes bedürfe noch sorgfältiger Prüfung. Angesichts der großen Werte an Volksgut, die in betriebligen Betrieben schlummern, dürfe man nicht wieder auf zu machende Schäden verzichten. Deshalb habe sich die Reichsregierung die Entscheidung für das planvolle Fortschreiten zu dem Ziele allein vorbehalten, daß diese Unternehmungen nicht

die Betriebe des gewerblichen Mittelstandes weiterhin überwuchern dürften. Die Reichsregierung habe bereits den Abbau der Handwerksbetriebe in den Warenhäusern angeordnet und werde weiterhin für eine wirtschaftlich tragbare Beschränkung dieser Großbetriebe sorgen. In gleicher Weise werde der unberechtigte Wettbewerb eingeschränkt, der dem Handwerk aus den Regiebetrieben entspreche.

Dem Handwerk würden vor allem auch die 500 Millionen zugutekommen, die die Regierung für Aufstufungen neuerdings bereitgestellt habe.

Der Minister verwies noch auf die Fortsetzung der Schlichtungsaktion für die gewerblichen Kreditgenossenschaften und die neuen 10-Millionen-Reichsmark-Bürgschaften für Mittelstandskredite. Er bemerkte, daß diese wirtschaftlichen Maßnahmen nicht genügen, wenn sie nicht durch organisatorische Maßnahmen ergänzt würden. Die Reichsregierung habe deshalb ein Gesetz beschlossen, das den Reichswirtschaftsminister ermächtigt, über den Aufbau des deutschen Handwerks eine vorläufige Regelung auf der Grundlage allgemeiner Richtlinien und des Führerprinzips zu treffen. Die Belange der Gesellen, Lehrlinge usw. würden dabei berücksichtigt.

Er schloß mit einem Appell an die Allgemeinheit, Verständnis für die schöpferische individuell gestaltende Kraft des Handwerks zu zeigen.

Ausdrücklich hielt Generalsekretär Schill vom Reichsstand des deutschen Handwerks einen Vortrag über die grundsätzliche Stellung des Handwerks zur ständischen Wirtschaftsordnung. Generalsekretär Schill, während dessen Vortrag noch Staatssekretär Feder in Vertretung des unmittelfar nach Beendigung seiner Ansprache zu wichtigen Besprechungen abberufenen Reichswirtschaftsministers erschied, führte u. a. aus, daß die Führer des deutschen Handwerks die Idee und Zielsetzung einer ständischen Wirtschaftsordnung bereits zu einer Zeit geformt hätten, als das deutsche Volk in seiner Gesamtheit noch nicht dem Willen des Führers folgte. Die Struktur der Wirtschaftsklassen verlagere innerhalb des Gesamtstandes der Wirtschaft einen selbständigen Stand des Handwerks. Das deutsche Handwerk, so schloß der Redner, habe in der Geschichte bewiesen, daß es staats- und standesbildend sein könne. Möge die nationalsozialistische Wirtschaftsordnung dem deutschen Handwerk seinen Stand erhalten!

Der Vizepräsident des Reichsstandes des deutschen Handwerks Jeleny dankte in seinem Schlusswort der Reichsregierung für ihre Maßnahmen auf dem Gebiete des Handwerks, in dessen Namen er dem Führer weiterhin treue Gesolgshaft gelobte.

nicht gemacht werden könnte. Es kann nämlich keine andere Regierung in Deutschland geben, weil es das deutsche Volk nicht wünscht. Und im Regierungswillen äußerte sich in dem die deutsche Volkmeinung, vor der man, leicht zahlenmäßig erfährt, wahrnehmlich doch einen größeren Respekt haben wird.

Die Frage an das Volk

Der neue Abstimmzettel

Im Reichsgesetzblatt wird jetzt die Aenderungsverordnung zur Durchführung der Volksabstimmung über den Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk veröffentlicht. Der Abstimmzettel aus grünem Papier, der am 12. November bei der Volksabstimmung abgegeben wird, erhält entgegen der früheren Fassung folgenden Ausdruck:

„Bist Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, die Politik Deiner Reichsregierung und bist Du bereit, sie als Ausdruck Deiner eigenen Auffassung und Deines eigenen Willens zu erklären und Dich fernerlich zu ihr zu bekennen?“ Unter diesem Ausdruck befinden sich zwei quadratische Felder, von denen eines mit ja, das andere mit nein überschrieben ist.

Dr. Goebbels Führer des Wahlkampfes

Reichsminister Dr. Goebbels hat als Reichspropagandaleiter der NSDAP die Führung des bevorstehenden Wahlkampfes übernommen. Der Wahlkampf wird von der Reichspropagandaleitung der NSDAP im Benehmen mit dem Reichspropagandaministerium durchgeführt.

Die Winterhilfsplakette

Die Reichsführung des Winterhilfswerkes teilt noch einmal mit, daß die Plakette zur Befreiung von weiteren Spenden in allen den Fällen auszugeben wird, in denen ein freiwilliger Abzug in Höhe von 20 Prozent der Lohnsteuer erfolgt. In allen Fällen, in denen zur Spende der Arbeit bereits ein Prozent des Bruttolohnes zum Abzug kommt, wird diese Spende nicht voll angerechnet; vielmehr sind in diesem Fall nur noch 10 Prozent der Lohnsteuer zu zahlen, jedoch keineswegs unter einer Reichsmark je Monat.

Londoner Kabinett ohne Beischluß

Wie das Reutersbüro zu wissen glaubt, ist bei der Mittwochsitzung des Kabinetts eine Entschliessung über die Abrüstungskonferenz nicht gefasst worden, da die Besprechungen mit den anderen Ländern noch nicht abgeschlossen seien.

Einheitsfront der Kraftfahrer vollendet

In München ist unter dem 17. Oktober eine Vereinbarung zwischen dem NSKK und dem DTK geschlossen worden, wonach sich der Deutsche Touring-Club dem Korpsführer des NSKK, Obergrouppenführer Hügel, unterstellt. Der DTK führt die Auflösung seiner Organisation bis spätestens 1. Juli 1934 durch. Damit ist die Einheitsfront der Kraftfahrer geschlossen.

Starke Nachfrage nach Hitlers Werk

Wie der „Völkische Beobachter“ meldet, hat sich die Nachfrage nach Adolf Hitlers Werk „Mein Kampf“ so stark gesteigert, daß voraussichtlich noch zur Jahreswende eine Gesamtauflage von 1,5 Millionen Exemplaren erreicht sein wird.

Reichswirtschaftsminister gegen Preiserhöhung.

von Berlin. Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt weist in einem Erlass darauf hin, daß zurzeit ebenso wie Lohnsteigerungen auch Preiserhöhungen auf dem Inlandmarkt unterbleiben müßten, da Preissteigerungen die Maßnahmen der Reichsregierung zur Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung gefährden würden. Auch an sich gedrückte Preise dürften vorläufig nicht erhöht werden. Bedeulich bei ausländischer Rohstoffverwertung läme ein um diese Verteuerung erhöhter Preis in Betracht. An sich aber müßte der Augen leit an der unteren Grenze der Wirtschaftlichkeit liegen. Strafbestimmungen enthält der Erlass nicht. Der Reichswirtschaftsminister hat aber genügend Möglichkeiten, sei es aus den Bestimmungen über die Kartelle oder auf dem Wege über die Kreisänder der Arbeit, seiner Auffassung gegebenenfalls den nötigen Nachdruck zu verleißen.